

Was wird aus den Grünkonzepten der Ortsplanung?

Autor(en): **Zeh, Helgard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **35 (1978)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-782495>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was wird aus den Grünkonzepten der Ortsplanungen?

Helgard Zeh, dipl. Ing., Landschaftsplanerin, Ostermundigen

1. Grün- und Landschaftskonzepte sind Aussagen über Ziele und Massnahmen in der Landschaft und in den Freiräumen der Siedlung.

Sie sind eine wesentliche Grundlage einer zeitgemässen Ortsplanung. Eine zeitgemässe Ortsplanung ist als ein ständiger Prozess mit mehr oder weniger intensiven Phasen, als dauernde Tätigkeit aufzufassen.

Im Grün- und Landschaftskonzept der Ortsplanungen sollten die Nutzungsansprüche auf die natürlichen Leistungsvermögen abgestimmt sein. Die besonderen Bedürfnisse der Bevölkerung an die Landschaft und die Freiräume der Siedlung sollten berücksichtigt sein.

Als Ergebnis wird im behördenverbindlichen oder wegleitenden Landschaftsrichtplan (Teil des Nutzungsrichtplans) die künftige Nutzung des Gemeindegebietes geordnet. Es sollen aber auch Angaben zur weiteren Realisierung der angestrebten Nutzungsordnung enthalten sein.

Die technische Bearbeitung erfolgt meistens durch Planer-Architekten. Büros für Landschaftsplanung sind aufgrund der in der Schweiz erst anlaufernden Ausbildung noch wenig verbreitet.

Viele Ortsplanungen im Kanton Bern werden revidiert, weil das kantonale Berner Baugesetz, der Dringliche Bundesbeschluss auf dem Gebiete der Raumplanung oder das Gewässerschutzgesetz dies veranlassten. In der Konzeptphase sollte aufgrund von Rahmenbedingungen, von Eignungsuntersuchungen der natürlichen Lebensgrundlagen und von Bedarfs- und Kapazitätsuntersuchungen der Nutzungsansprüche ein Entwurf erstellt werden.

Er sollte eine realisierbare, ausgewogene Nutzungsordnung für die Landschaft und die Freiräume der Siedlungen enthalten.

Nach der öffentlichen Vernehmlassung

und Überarbeitung kann definitiv darüber abgestimmt werden. Das Grün- und Landschaftskonzept wird nun zum behördenverbindlichen Landschaftsrichtplan bzw. zum Bestandteil der unmittelbar verbindlichen Grundordnung der Ortsplanung. Den Konzepten wurde in der gegenwärtigen Praxis unterschiedliche Bedeutung beigemessen. Die Inhalte weichen stark voneinander ab. Manche Ortsplanungen bauen nicht auf einem Grünkonzept auf, manche enthalten nur Zielvorstellungen über die künftigen Nutzungen, manche auch Massnahmen zur Erreichung dieser Vorstellungen.

2. Im Landschaftsrichtplan, Zonenplan und Baureglement wird das Grünkonzept in eine rechtliche Ordnung gefasst.

Die Praxis der laufenden Ortsplanungen zeigt, dass die Ausgangssituation für eine weitere Realisierung von Grünkonzepten unterschiedlich ausgestaltet ist:

Richtplanung

Der Gemeinderat kann in einem Nutzungsrichtplan die künftige Nutzung des Gemeindegebietes unter Berücksichtigung der Erschliessung und der Finanzen festlegen. Es handelt sich um Angaben, die den Gemeindebehörden einen Überblick zur Steuerung der baulichen und sonstigen Entwicklung ihres Gemeindegebietes und zur Koordination mit den Nachbargemeinden bzw. mit übergeordneten Interessen erlauben sollen (auch zur Überführung des dringlichen Bundesbeschlusses in definitives Recht). Gemeindeentwicklung ist aber nicht nur Sache des Gemeinderates, sondern auch von weiteren initiativen Bürgergruppen, die mit der Richtplanung einen Orientierungsrahmen für ihre Aktivitäten finden.

Der Landschaftsrichtplan als thematisch zusammenhängender Teil des

Nutzungsrichtplans enthält etwa folgende Angaben:

natürliche Lebensgrundlagen Bei der gesamten Nutzungsordnung wurde mehr oder weniger bewusst auf der Grundlage der ökologischen Zusammenhänge von Boden, Wasser, Luft, Tier- und Pflanzenwelt aufgebaut, damit bei den verschiedenen Nutzungsarten und ihren Dimensionen möglichst wenig Konflikte durch Benachbarung oder Überlagerung ausgelöst werden können.

So können zum Beispiel: Wald, Gewässerschutz, extensive Erholung, Landschaftsschutz in einem grösseren zusammenhängenden Naturraum kombiniert werden.

Siedlung und übriges Gebiet Mit einer massvollen Ausscheidung von Baugebiet und der Abgrenzung zum übrigen Gebiet werden wesentliche Landschaftsstrukturen bestimmt.

Landwirtschaft Auf den gut geeigneten und zusammenhängenden Bodenflächen, die als Landwirtschaftsgebiet bezeichnet werden, sollte eine rationelle Bewirtschaftung ermöglicht bleiben. Problematisch für die gesicherte Bewirtschaftung eines Landwirtschaftsgebietes können jedoch Grenzertragsstandorte sein, bei denen Brachlegung droht oder Nutzungsüberlagerungen mit extensiven Erholungsaktivitäten, mit Skipisten oder dem Landschaftsschutz. Hier zieht die Ausscheidung von Landwirtschaftsgebiet oft ein Gestaltungs- oder Pflegekonzept nach sich, das zum Beispiel Angaben über die Art der Massnahmen, Träger, bauliche Ausnahmebewilligungen, Kosten enthalten kann.

Forstwirtschaft Für gewöhnlich wird das Waldareal gemäss eidgenössischem und kantonalem Recht ausgeschieden sowie die aufzuforstenden Flächen. Keineswegs selbstverständlich ist eine ordnungsgemässe, funktionsgerechte Waldbewirtschaftung, zum Beispiel unter der Berücksichti-

gung der Erholungsfunktion (gut begehbarer Wege, Waldrandwege, Feuerstellen, Bestandaufbau; Vermeidung von Schäden durch Bodenverdichtungen)

Natur-, Landschafts- und Heimatschutz; Gefahrenschutz Mit einem Inventar der bereits geschützten und schutzwürdigen Gebiete und Objekte ist erst ein Anfang gemacht für eine wirksame Unterschutzstellung und Garantie der Schutzziele. Es folgen oft langwierige Einzelverhandlungen bis zur verbindlichen öffentlich-rechtlichen Regelung oder bis zu privatrechtlichen Vereinbarungen und den Entschädigungen. Dabei geht es beispielsweise nicht nur um Bauverbote, sondern auch um Düngeverbote in der Umgebung eines Naturschutzgebietes. Auch die Gefahrengebiete sind mit den nötigen Verboten oder Auflagen in unmittelbar verbindliche Zonen zu überführen.

Erholungsgebiete, Grün- und Freiflächen Die Flächen im öffentlichen Interesse, etwa für Bauten, für Sportplätze, Parks oder Skipisten, für die Gliederung von Siedlungen und Bauzonen, für extensive Formen der Erholung können innerhalb oder ausserhalb des Baugebietes liegen. Je nachdem wird sich die Frage der Flächensicherung und Entschädigung stellen. Auf jeden Fall werden sich nach Bedarf detaillierte Ausführungsprojekte anschliessen, zum Beispiel für Sportplätze, Familiengärten oder ein Wegenetz im Grünen.

Wie diese generellen Inhalte für die Bedürfnisse einer Agglomerationsgemeinde gestaltet wurden, soll am Beispiel des Landschaftsrichtplanentwurfs von Ittigen (BE) dargestellt werden.

Dort sind vorgesehen:

- Wald und Aufforstungen
- bestehende und neu zu schaffende Alleen
- erhaltenswerte und neue Baumgruppen
- freizuhaltende Hanggebiete, Wald- und Gewässerränder
- Ortsbildschutzobjekte
- Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete
- Landschaftsschongebiete mit Freizeiteinrichtungen
- Immissionsschutz . . .
- fussläufige Verbindungen innerhalb der Siedlung und zu angrenzenden Erholungsgebieten
- zusammenhängende natürliche Erholungsgebiete am Siedlungsrand

Flächen für Materialentnahmen, Ablagerungen oder auch für Camping Im neueren kantonalen Recht zeichnet sich die Möglichkeit ab, die für die erwähnten Nutzungen geeigneten Flächen aufgrund von Konzepten positiv zu kennzeichnen und als Grundlage für die Bewilligungspraxis zu verwenden.

Baureglement und Zonenplan als baurechtliche Grundordnung

Wie anhand des generellen Inhaltskatalogs des Landschaftsrichtplanes gezeigt wurde, müssen vor allem die für eine Überbauung wesentlichen Aussagen in eine für das Grundeigentum verbindliche Regelung gefasst werden.

Das Baureglement oder weitere Reglemente enthalten zum Beispiel grün- und landschaftsbedeutsame Bestimmungen über die Gestaltung der Gebäude, über die Nebenanlagen und Gemeinschaftseinrichtungen wie Kinderspielplätze, über die Einordnung der Bauten in die Umgebung (Schutz des Landschaftsbildes), über andere bauliche Anlagen und Vorkehrungen (Materialentnahmen, Camping) und über die Erschliessung des Gemeindegebietes. Oft fehlt es an Richtlinien als detaillierte fachliche Entscheidungshilfe.

Der Zonenplan trennt das übrige Gemeindegebiet vom Baugebiet, untergliedert in verschiedene Bauzonen, und legt die Freiflächen, die Grünflächen, die Schutzgebiete und die Gefahrenzonen fest. Die Grundordnung der Landschaft und Siedlung ist damit konzipiert. Allerdings ist sie nur gewährleistet, wenn der öffentlich gesetzte Rahmen durch die private Initiative auch ausgefüllt werden kann. Andernfalls wird die Gemeinde verpflichtet, ihre Nutzungsbeschränkungen im öffentlichen Interesse durch detailliertere Vorstellungen (Detailpläne, einzelne Richtlinien) und durch Regelung allfälliger Entschädigungen näher zu begründen.

Ein Beispiel für den Schutz sind Verordnungen zum rechtlichen Schutz, Erhaltung und Pflege der in örtlichen Inventaren ausgewiesenen Objekte des Ortsbildschutzes. Dabei werden Gebäudekompositionen mit ihren dazugehörigen Umgebungsanlagen und wertvollen Baumbeständen als Ganzes im Zonenplan und Baureglement unter Schutz gestellt und nach Lösungen für ihre Erhaltung gesucht.

Ein guter Baumkennner kann auch für ein Gemeindegebiet einen Baumkata-

ster erstellen. Darin werden die Bäume je nach Art, Grösse, Alter, Wert, Lebenserwartung, raumprägendem Standort usw. klassifiziert, und es werden entsprechende Schutzmassnahmen ausgewiesen.

Aus dem Richtplan und aus der Grundordnung können sich also weitere Aufgaben in den Bereichen Bau, Landschaftsentwicklung, Organisation und Trägerschaft, Recht und Finanzen stellen. Dies wird im folgenden Kapitel auf der Konkretisierungsstufe von einzelnen Projektstudien oder ausführungsfähigen Projekten erläutert.

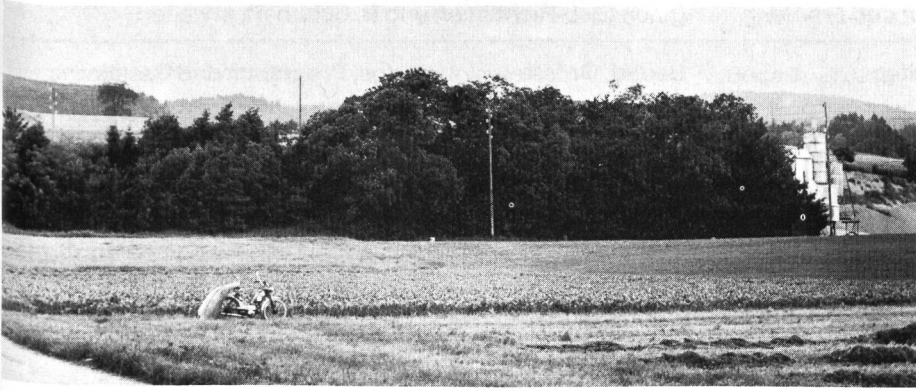
3. Die Vorschläge der Landschaftsplanung greifen vor allem dort, wo sie an Projektstudien und an ausführungsfähigen Projekten verschiedener Fachplanungen unmittelbar verwirklicht werden können.

3.1 *Abbauprojekten* können beim Bewilligungsverfahren Auflagen zur Gestaltung und Wiedereingliederung bzw. zum stufenweisen Abbau mit laufender Rekultivierung auferlegt werden. Auch bestehende Anlagen könnten wenigstens optisch durch Wälle oder Baumkulissen abgeschirmt werden.

3.2 *Strassentrassierungen* ausserorts nehmen oft zu wenig Rücksicht auf die landschaftsstrukturellen und topographischen Verhältnisse. Durch rechtzeitige Eingliederungsstudien könnten manchmal bessere Detail-Alternativen oder wenigstens bessere Einfügungen in die Landschaft auch unter Berücksichtigung des Immissionsschutzes erreicht werden.

Dort, wo Betonstützmauern nicht unbedingt nötig sind, sollten sie viel mehr durch kostengünstige ingenieurbio-logische Verfahren ersetzt werden. In Österreich, das diesbezüglich grosse Erfahrungen und Erfolge vorzuweisen hat, wurden die flexiblen Bauweisen (meist mit lebenden Pflanzen) zur Pflicht. Alternative oder weniger aufwendige Führungen hätten auch manchen schönen Ortskern und seinen herkömmlichen Strassen- und Platzraum davor bewahren können, durch eine verkehrstechnisch perfekte Rollbahn in zwei Teile zerschnitten zu werden.

3.3 *Wasserbauliche Massnahmen*, sogenannte Regulierungen, oft Kanalisierung, Verrohrung und sonstige Verbetonierung von bisher naturnahen Bächen müssten nicht in dieser Form und diesem Umfang durchgeführt werden, wenn die natürliche Wasserzurückhaltung durch den Uferbewuchs und durch ein naturnahes Bachbett erhalten werden könnte; wenn in schwie-



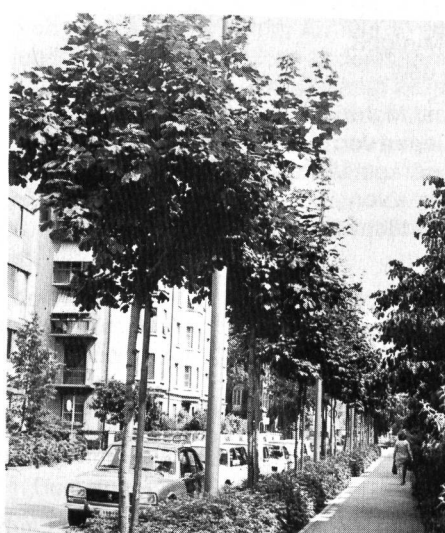
(zu 3.1). Kulissenpflanzung vor einer Kiesgrube mit Abbauegebäuden



(zu 3.2). An der Stelle von herkömmlichen Betonstützmauern im Strassenbau lassen sich die besser in die Landschaft einfügenden ingenieur-biologischen Bauweisen verwenden, zum Beispiel ein Hangrost an der Umfahrungsstrasse in Signau/Emmental.



(zu 3.3). Ingenieurbiologie im Wasserbau, zum Beispiel Blockwurf mit Weidensteckhölzern an der Emme in Signau



(zu 4.2). Strassenbäume brauchen entsprechend Art, Form und Ansprüchen ihren Lebensraum, um alle Aufgaben in der Stadt erfüllen zu können.

rigeren Situationen mit ingenieurbio-
logischen Bauweisen auf die ökologi-
schen Beziehungen in und am Bach
eingegangen würde und schliesslich
auch noch die natürliche Selbstreini-
gungskraft des Gewässers verbessert
würde. Bei Seeufern geht es vor allem
um die Erhaltung und die Erneuerung
der Röhrichte oder um die naturnahe,
auch ökologisch befriedigende Gestal-
tung für Erholung am Ufer. Mit allen
Massnahmen der Bepflanzung oder der
Ingenieurbiologie lässt sich nicht nur
ein preiswerter Schutz, sondern vor
allem eine ökologisch und gestalte-
risch befriedigende Eingliederung der
Gewässer in die Umgebung erreichen.
Biotope (Lebensstätten für heimische
Pflanzen und Tiere) können zum Bei-
spiel im Zusammenhang mit Massnah-
men in den Bereichen Abbau, Stras-
senbau und Wasserbau als Nischen ge-
schützt oder als sekundäre Standorte
neu aufgebaut werden.

3.4 Einzelne Objekte des Natur- und Heimatschutzes

Historische Bauten brauchen nicht nur
eine reine Abstandsfläche für den
Schutz, sondern eine Neugestaltung
des geschützten Freiraumes oder eine
Restaurierung historischer Gärten,
Plätze und Anlagen.

Bäume, Baumgruppen und Alleen
wuchsen oft aus ihrer vorgesehenen
Form und sollten zumindest einen Pfl-
geschnitt bekommen, damit sie nicht
plötzlich zusammenbrechen.

Einzelne Exemplare können nur noch
durch Baumchirurgie länger am Leben
erhalten werden.

3.5 Freiräume in den Siedlungen

Die Freiraumgestaltung im unmittelba-
ren Wohnbereich von Ein- und Mehrfa-
milienhäusern, Umgebungsgestaltung
von öffentlichen Bauten und Anlagen
wird sowohl als Rahmen- als auch als
Detailgestaltungsplan realisiert (im
Rahmen von Überbauungs- oder von
Umgebungsgestaltungsplänen nach
Berner Baugesetz). Fussgängerverbind-
ungen können vor allem bei Sonder-
bauvorschriften durchgesetzt werden.
Spiel-, Sport- und Erholungseinrich-
tungen sind entsprechend ihrem Bed-
arf, ihren Flächenansprüchen, Stand-
ort, ihrer Ausstattung und ihren Aus-
führungsmöglichkeiten in Gestaltungs-
und Detailplänen je nach Priorität zu
planen. Sie können im Rahmen von
Sofortprogrammen oder in späteren
Etappen ausgeführt werden. Eine
Übersicht der Grünflächen für Freizeit
und Erholung bietet nachfolgende
Tab. 1. →

Planen und Umwelt

Tab. 1. Übersicht der Grünflächen für Freizeit und Erholung

(nach ORL-Richtlinien und B. Schubert, erweitert)

Bezugsgebiet	Grünflächen	Tätigkeiten	Bedarf, Grösse	Lage, Programm und Gestaltung
Erweiterter Wohnungsbe- reich	Hausgärten, Gartenhöfe, Terrassengärten usw.	faulenzen, essen Hobbies pflegen spielen, gärtnern usw.	unbestritten, mind. 50– 150 m ²	Zuordnung zur Wohnung, besonnt optische, akustische Abschirmung
	Erdgeschossterras- sen an Mehrwoh- nungshäusern	beschränkt wie Hausgärten	mind. 10 m ² ohne Pflanzbereich	Zuordnung zur Wohnung, besonnt optische, akustische Abschirmung
Wohnungs- gruppen- bereich	Mietergärten Pflanzplätze	gärtnern	ca. 50–100 m ²	zwischen oder am Rande von Wohnungsgebieten, Rahmenpflan- zung
	Wohnungsgruppen- plätze und -wege	verweilen, beobachten, plaudern, spielen, spazieren, durchqueren	überall bei Wohnungen und Aufenthaltsberei- chen	Freiräume zur Wohnung, Bindeglied zwischen verschiedenen Einrichtun- gen
	Spielflächen für Kleinkinder	Körperbewegung, bauen, Umgang mit natürlichen Elementen, soziale Aktivitäten	0,4–0,6 m ² /E 200–800 m ² pro Spiel- platz oder 20 % der Bruttogeschossfläche ab 3 Zimmer	in Sichtweite zu Eltern, verkehrssi- cher, flexibel, auffordernd
	Spielmöglichkeiten für grössere Kinder	Bewegung, Gestaltung, Sozialisation	nicht quantifizierbar	Ein Netz von nicht vorbestimmten Wege-Flächen, Ecken, Schlupfwinkel, die von den Kindern ausgestaltet werden dürfen (Hütten und Baum- hütten, Schlittelhügel, Gelände- spiele, Querfeldein-Velofahren usw.)
Quartier- bereich	Familiengärten Feierabendgärten	Nahrungsmittelzuer- werb, faulenzen, Hobbies pflegen, spielen	ca. 3–4 m ² /E Ziel 8–10 m ² /E 180–250 m ²	in 5–10 Min. Entfernung zu garten- loser Wohnung, Erschliessung, Rahmenpflanzung
	Quartierplätze und -wege	verweilen, beobachten, sich treffen, spielen, spazieren, durchqueren	an Treffpunkten im Quartier, autofrei	Teil des Fussgängersystems, an öffentlichen Gebäuden usw.
	Spiel- und Bewe- gungsflächen für alle Altersstufen	Körperbewegung, handwerklich kreative, soziale Aktivitäten, Spiele, Minigolf, Schach usw.	0,5–1,0 m ² /E 2000–6000 m ² pro Spielplatz Schachplatz	max. 10 Min. Entfernung, in Grünzonen, Flexibilität, Aufforde- rungsreize, kleinere Anlagen zwischen Wohnungen
	Abenteuerspielplatz, Bauspielplatz	Bauen mit Materialre- sten, Pflegen von Tieren, werken, töpfern, Übernahme von Verantwortlichkeiten	mind. 2000 m ²	gut erreichbar, akustisch abge- schirmt, Werkbaracke, Abzäunung, Bodenbefestigung, pädagogische Betreuung notwendig (gut geeignet alte Werkareale, Kiesgruben, Ziegeleigelände)
	Quartiersportanla- gen	spielerischer Jeder- mannsport, vielfältiges Trainieren	Anlagen für freien, nicht vereinsgebun- denen Sport, siehe ORL-Richtlinien	weniger als 10 Min. Fuss-, Radent- fernung, integriert in Schulanlagen, s. Magglinger Normalien
	Quartierparks in grösseren Städten	Aktivitäten der Tages- freizeit	2–6 m ² /E Fläche abhängig vom Programm	bis 10 Min. Entfernung, Vielfältigkeit an Spiel- und Erholungseinrichtun- gen
Ortsbereich	Familiengärten Wochenendgärten	gärtnern, faulenzen, Hobbies pflegen, spielen	bis 400 m ² mit Laube 3–4 m ² /E	bis 15 Min. Entfernung, Erschlies- sung, Parkplätze, Gemeinschafts- einrichtungen, Rahmenpflanzung

Bezugsgebiet	Grünflächen	Tätigkeiten	Bedarf, Grösse	Lage, Programm und Gestaltung
	Plätze und Wege	aufhalten, beobachten, plaudern, spielen, spazieren, zielstrebig durchqueren	an attraktiven Punkten, Rundspazierwege	Fussgängerbereich mit verschiedenen Attraktivitäten
	Sportanlagen	Leistungssport, Zuschauen, soziale (Vereins-)Aktivitäten	s. ORL-Richtlinie bzw. Normalien ETS Magglingen (in Überarbeitung)	15 Min. Fuss-, Radentfernung, öffentliche Verkehrsmittel, integriert in Grünzüge
	Allmenden	freie und wilde Spiel- und Sportarten	Gegebenheiten erhalten, sonst nach Situation	grosse Wiese mit topographischer Gliederung
	Parks	spielen, Sport treiben, spazieren, ruhen	Fläche abhängig vom Programm	bis 15 Min. Entfernung, mit naturnahen Attraktivitäten und Erholungseinrichtungen
	Freizeit-«Zentren»	innen und aussen spielen, werken, darbieten, diskutieren, tanzen usw.	Art der Räume und Fläche abhängig vom Programm	nur bei sonst nicht möglichen Freizeitbetätigungen zusammengefasst (vorstädtisch-städtisch)

4. Grünspezifische Problemlösungen äussern sich in Entwürfen und Ausführungen des Garten- und Landschaftsarchitekten, in Richtlinien und Beratungen.

Zum Aufgabenbereich der Grünplanung und der Gartenarchitektur gehören zum Beispiel die Projektierung und Ausführung von:

- Hausgärten für Ein- und Mehrfamilienhäuser, für Terrassenhäuser; Dachgärten
- Grünanlagen für Wohnsiedlungen und für weitere Bauten (z. B. Industrieanlagen, Verwaltung, Schulen, Spitäler, Altersheime; Hotels, Ferienparks)
- Spiel-, Sport- und allgemeine Erholungsanlagen
- Familiengärten (s. 1. Beispiel für eine Beratungsunterlage: Bedeutung und Systematik von Familiengärten)
- Campingplätze
- Parkanlagen, Seeuferanlagen
- Friedhöfe
- Botanische und Zoologische Gärten

Zum Aufgabenbereich des Landschaftsbaus und der Landschaftsgestaltung zählen die Projektierung und Ausführung von:

- Schutzpflanzungen gegen Wind, Sicht und Lärm
- Pflanzungen vorwiegend zur optischen Eingliederung
- Ingenieurbiologische Massnahmen an extremen Standorten (Steilhänge, Ufer)
- Rekultivierung und Gestaltung von Abbauflächen und Deponien.

Für Fachkommissionen, das Bauinspektorat und Bauträger werden als ständige Entscheidungsgrundlage Richtlinien und Wegleitungen ausgearbeitet (s. 2. Beispiel für eine Beratungsunterlage und Richtlinie: Strassenbäume).

Im Planungsalltag gibt es nicht nur stufenweise Konkretisierungen von Grünkonzepten, sondern vor allem «Feuerwehrsituationen». Ohne konzeptionelle Grundlagen gerät man jedoch leicht in den Strudel der Sachzwänge und verschenkt sich wesentliche Entscheidungsspielräume. Es ist aber auch nicht möglich und nötig, für alle Eventualitäten schon eine detaillierte Lösung bereit zu haben. Deshalb beraten Grünspezialisten bei Einzelmassnahmen und plötzlich auftretenden Problemen die oben erwähnten Gremien, oder sie liefern die nötigen Grundlageninformationen für die Gemeindeversammlung.

Bedeutung und Systematik von Familiengärten

1. Beispiel für eine Beratungsunterlage:

Familiengärten sind eine dringend notwendige Freiraumeinrichtung zur Ergänzung der vielen gartenlosen Wohnungen. Als Familiengärten sollen Gartenparzellen verstanden sein, die

- nicht unmittelbar mit einer Wohnung verbunden sind,
- in mehr oder weniger grossen Arealen zusammengefasst sind,
- ihren Benützern pachtweise zur Verfügung gestellt werden.

Die Nachfrage an Familiengärten wächst ständig, nicht nur der Rezession wegen, sondern aus den unterschiedlichsten Motivationen: Gärtnern zum Vergnügen, Obst- und Gemüseversorgung, biologischer Gartenbau, Freizeitaktivitäten, Gesundheit, Entspannung, Erholung, Arbeitsausgleich, Familienbetätigung, Kontakte mit Gleichgesinnten, Kontakte mit gleichen und anderen Altersgruppen, Kontakte mit allen Berufen und Nationalitäten, Aufhebung der Anonymität in der Mietwohnung.

Daraus geht der wachsende Bedarf hervor, der nur hinlänglich in den Städten ausgeglichen wird. Allenfalls in der Planung vorgesehen werden nach ORL-Richtlinie 3-4 m²/Einwohner (Vergleich BRD: 1 Kleingarten auf 7 bis 10 gartenlose Wohnungen). In den Stadtrandgemeinden formieren sich die Interessenten auf Privatbasis, stossen aber auf fehlende Flächenausweisung in der Ortsplanung. Da einem für eine Freizeit- und Familienpolitik wichtigen Nutzungsanspruch nicht ausreichend Rechnung getragen wird, sollte bereits auf kantonaler Ebene eine Unterstützung der Familiengartenidee erfolgen, etwa durch besondere Regelungen im Rahmen der Nutzungsordnung (siehe auch Tab. 2).

Strassenbäume

2. Beispiel für eine Beratungsunterlage und Richtlinie

Die Anlage neuer Strassen, aber auch der Ausbau vorhandener Strassen auf die modernen Dimensionen wird oft als

erhebliche Störung gewachsener Strukturen empfunden. Es werden die Freiräume und Gärten an Wohnhäusern zerschnitten, alte Wegführungen, Mauern, Anschlüsse oder Beläge verändert. Die autogerechte, reibungslose Trassierung verschont auch viele alte

und vertraute Bäume nicht vor der Säge oder vor dem Einbetonieren.

Es mag manchen Umweltschützer verwundern, dass sich ein Grossteil der städtischen Bevölkerung gerade für den Schutz von Bäumen besonders engagiert und zu spontanen Pflanzaktionen unter dem Patronat eines Politikers bereit ist.

Neben der psychologisch bedeutsamen Symbolfunktion des Natürlichen und langsam Gewachsenen können Bäume folgende Aufgaben übernehmen:

- Bäume gestalten den Strassenbereich durch das Spiel von Licht, Schatten und Geräuschen, sie vermitteln Schutz und Geborgenheit
- Bäume im rechten Abstand zur Strasse übernehmen eine optische Führung
- Bäume verwehren dem Staub, in die Wohnungen einzudringen (60 bis 80 % werden im Blattwerk gebunden)
- Bäume absorbieren am Abend den bei der Abkühlung niedersinkenden Staub
- Bäume dämpfen und filtern Lärm und Verunreinigungen von der Strasse
- Bäume kühlen die heisse Strassenluft

Damit Bäume diese Funktionen erfüllen können, müssen sie ihrer Art, Form und ihren Ansprüchen entsprechend gepflanzt und gepflegt werden. Hierzu hat die Verfasserin «Empfehlungen zur Pflanzung von Bäumen im Strassenbereich» innerorts erarbeitet. Sie enthalten minimale Anforderungen der Bäume aufgrund von Wuchsbedingungen, platzsparende Anlage- und Pflanzanweisungen sowie eine Artenauswahl mit einer Eignungsbewertung.

Aufgrund des Baumkatasters und dieser Kenntnisse kann für eine Gemeinde ein Baumpflanzplan aufgestellt werden, um ein in der Ortsplanung definiertes Alleekonzept zu verwirklichen. Darin werden durchwurzelbare Bereiche entlang bestehender und neuer Strassen freigehalten, in öffentlichen Bereichen und an Fussgängerzonen Grünflächen mit Bäumen vorgesehen und die das Ortsbild prägenden Baumarten an den entsprechenden Standorten vorgeschlagen.

5. Raumplanung – der Rahmen für die Grünkonzepte

«Was wird aus den Grünkonzepten unserer Ortsplanungen?» – das war die Leitfrage dieses Beitrages. Jede Realisierung stellt politische, finanzielle,

Tab. 2. Zur Systematisierung der Familiengärten

1. Typisierung

Pflanzplätze in

«Schnittlauchentfernung»

Feierabendgärten

Wochenendgärten

2. Zielgruppen

Gemüse-, Obst- und Blumenfreunde für den alltäglichen Bedarf

unterversorgte Gartenliebhaber im Geschosswohnungsbau

die gleichen Zielgruppen und die mobilen Ersatz- und Wohn-Kleingärtner, andere weichen aus in Ferienwohnungen, Camping und Autotourismus

3. Wünschbare Maximalentfernung zwischen Wohnung und Garten

unmittelbar neben gartenlosen Geschosswohnungen

in 5–10 Min. Fussgänger- bzw. Veloentfernung

in 15–20 Min. Fuss-, Velo-, Mofaentfernung bzw. 10 Min. Autoweg

4. Grösse des Gartens

50–100 m²

100–250 m²

200–400 m²

5. Nutzung des Gartens

Gemüse, Blumen für Tagesbedarf

Gemüse, Blumen, Obst zur Eigenversorgung, Hobbies, spielen

Gemüse, Blumen, Obst, Erholungs- und Faulenzerteil

6. Baulichkeiten

Kiste für Werkzeug

Schopf für Gartengeräte und allerlei

Laube in Systembauweise, keine Mobilheime zum Arbeiten und Wohnen draussen, in der Regel keine Übernachtungen

7. Infrastruktur

Wasser
Gemeinschaftswasserzapfstelle

Wasserhahn und Becken, Gemeinschafts-WC-Anlage

Garten- und Laubenwasserzu- und Ableitung (Stromversorgung)

Wege

Gemeinschaftswege unbefestigt

befestigte Erschliessungswege

befahrbare Erschliessungswege, Sammel-Parkplätze

Abgrenzung

evtl. einfache Einzäunung des Gesamtareals

dauerhafter Zaun oder Hecke, Abpflanzung

dauerhafter Zaun oder Hecke, landschaftliche Eingliederung, Gemeinschaftseinrichtungen

8. Organisationsform

Keine

loser Verband oder Verein

Verband: Verein, Genossenschaft

Verpachtung durch Liegenschaft, Bauer, Gemeinde

9. Rechtliche Einordnung und Sicherung

Ausweisung in Richtplänen

Verankerung in Baureglementen und Zonenplänen

Genossenschafts- oder Vereinsbildung, angegliedert an Schweizer Familiengärtnerverein.

rechtliche und technische Probleme. Erörtert wurde vor allem die Konkretisierung des Grün- und Landschaftskonzepts in der detaillierten Nutzungsordnung; in Beiträgen zu anderen Fachplanungen, in der Landschaft und in den Projekten und Beratungen auf dem Grünsektor.

Raumplanung auf allen Ebenen ist eine dauernde öffentliche Tätigkeit. Sie geht alle an, Bürger, Gemeinde, Region, Kanton und Bund, auch und gerade in Zeiten der Rezession. Wie anhand der Grünkonzepte gezeigt wurde, kann man die Entwicklung nicht einfach abschalten. Vorausschauende, sichernde

Regelungen sind notwendig. – Oft fehlt es an ausgereiften Projekten zur Arbeitsbeschaffung, so dass leider auch «Ladenhüter» wieder aktuell scheinen. Oft kostet das Planen nur das richtige Nachdenken zur rechten Zeit, wodurch schon mancher Sachzwang vermieden wurde. Gute Planung ist unscheinbar. Sie überlässt mit einem minimalen Aufwand die Zukunft nicht dem Zufall, sondern sie will gestalten, koordinieren und die Spielräume für eine Entwicklung offenhalten.

Unser Beitrag galt der Stufe der Ortsplanung. Wir sollten aber nicht überse-

hen, dass es regionale und kantonale Rahmen gibt, innerhalb deren landschafts- und grünbedeutsame Festlegungen getroffen werden können. Wir sollten auch nicht übersehen, dass der Artikel auf die Rechtsgrundlagen des raumplanerischen Musterkantons Bern ausgerichtet ist. Und schliesslich sollten wir daran denken, dass erst mit einem eidgenössischen Raumplanungsgesetz gesamtschweizerisch ein Rahmen vorhanden sein wird, der eine wirksame Ordnung unseres Lebensraumes ermöglichen würde.

Filtertechnik

**F
FEZ
Z**

Filtergewebe und Nadelfilze

- für Trocken- und Nass-Filtration
- aus allen bedeutenden Synthefasern (inkl. NOMEX®)
- fertig konfektioniert zu:
 - Filterschläuchen, Filtertaschen
 - Trommelfilterbespannungen
 - Filterpressenbelägen
 - Filterkerzenüberzügen
- Meterware
- eigener Reparatur- und Reinigungsservice

Angst + Pfister ist alleiniger Generalvertreter der FEZ-Austrofelt, Wien – für die Schweiz und FL

Verlangen Sie unsere Unterlagen!



Angst + Pfister

Partner in vielen Teilen

8052 Zürich · Thurgauerstrasse 66
Telefon 01 50 20 20
1219 Genève-Le Lignon
52-54, route du Bois-des-Frères
Téléphone 022 96 42 11

Willy W. Wirz

pH- und pCl-Werte

Handbuch mit Interpretationen und einer Einführung in die pX-Messtechnik
272 Seiten, 28 Abbildungen, Fr. 29.–

Das Fachbuch, verfasst von einem Praktiker für die Praxis, wendet sich vor allem an jene Leser, die regelmässig mit pH-Problemen konfrontiert werden. Der Autor will den pH-Wert und seine elektronische Messung popularisieren und als handfeste Messgrösse in allen Bereichen des täglichen Lebens anwenden. Zudem werden praktisch verwendbare pH-Daten verschiedener Substanzen und Lösungen, konkrete Messwerte zur Anwendung, aber auch Streubereiche und deren Interpretationen vermittelt. Das Fachbuch richtet sich an den Fachmann wie auch an den Laien.

Bestellcoupon

Wir bestellen «pH- und pCl-Werte» zu Fr. 29.– plus Porto.

Adresse:

Einsenden an
Verlag Vogt-Schild AG, 4500 Solothurn 2